

öffentliche N I E D E R S C H R I F T
VERTEILER:

| | | |
|-----------------------|--|-----------------------------|
| Körperschaft | : Stadt Norderstedt | |
| Gremium | : Hauptausschuss, HA/064/ IX | |
| Sitzung am | : 06.11.2006 | |
| Sitzungsort | : Sitzungsraum 2 Rathausallee 50, 22846 Norderstedt | |
| Sitzungsbeginn | : 18:15 | Sitzungsende : 20:35 |

Öffentliche Sitzung
Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

| | | |
|-----------------|--------|-------------------|
| Vorsitzender | : gez. | Günther Nicolai |
| Schriftführerin | : gez. | Kristin Langhanki |

TEILNEHMERVERZEICHNIS

| | |
|---------------|---------------------|
| Körperschaft | : Stadt Norderstedt |
| Gremium | : Hauptausschuss |
| Sitzungsdatum | : 06.11.2006 |

Sitzungsteilnehmer

Vorsitz

Nicolai, Günther

Teilnehmer

Algier, Ute

Grote, Hans-Joachim

Hagemann, Holger-W.

Hahn, Sybille

Kahlsdorf, Jens

Krogmann, Marlis

Oberbürgermeister

bis 18.30 Uhr für Herrn Matthes

ab 18.50 Uhr für Herrn Schlichtkrull

Lange, Jürgen

Limbacher, Manfred

Matthes, Uwe

Paschen, Herbert

Paustenbach, Johannes

Peihs, Heideltraud

Reinders, Anette

Schlichtkrull, Rainer

ab 18.30 Uhr

bis 20.00 Uhr

für Herrn Berg

bis 18.50 Uhr

Verwaltung

Freter, Harald Dr.

Bosse, Thomas

Becker, Siegfried

Syttkus, Wulf-Dieter

Lange, Henrika

Langhanki, Kristin

Erster Stadtrat

Zweiter Stadtrat

Amt 10

Amt 20

Amt 41

Abt. 102, Protokoll

sonstige

Jach, Edith

Seniorenbeirat

Entschuldigt fehlten

Berg, Arne - Michael

3
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

| | |
|---------------|---------------------|
| Körperschaft | : Stadt Norderstedt |
| Gremium | : Hauptausschuss |
| Sitzungsdatum | : 06.11.2006 |

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

TOP 3 :

Einwohnerfragestunde

TOP 4 : A 06/0373

Ausschreibung der Dezernentenstellen, hier: Antrag der CDU - Fraktion vom 25.10.2006

TOP 5 : M 06/0319

Langfristige Nutzung des Gebäudes der Schule am Rodelberg für Zwecke der Musikschule und der offenen Jugendarbeit, Prüfauftrag Hauptausschuss 04.09.2006

TOP 6 : B 06/0321

Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt bei HHST. 4360.51000 - Soziale Einrichtungen für Spätaussiedler und Ausländer, Abrisskosten Harkshörner Weg -

TOP 7 : B 06/0315

1. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Norderstedt über die Erhebung einer Spielgerätesteuern für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsapparaten (Spielgerätesteuersatzung)

TOP 8 : B 06/0345

Grundsatzbeschluss zur Umstellung der Haushaltswirtschaft auf die Grundsätze der doppelten Buchführung (Doppik)

TOP 9 : M 06/0369

Themenvorschläge für die Einwohnerversammlung am 29.11.2006

TOP 10 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 10.1

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Ellerau

TOP 10.2

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Zeitplan Nachtragshaushaltssatzung 2006 / 2007**TOP 10.3**

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Information Städteverband**TOP 10.4 M 06/0380**

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Entwicklung des Gewerbesteuersolls**TOP 10.5**

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Über- und außerplanmäßige Ausgaben III. Quartal 2006**TOP 10.6**

:

Bericht des Vorsitzenden - Terminplanung HA 2007**TOP 10.7**

:

Anfrage des Vorsitzenden - 30 Jahre THW**TOP 10.8**

:

Anfrage Herr Kahlsdorf - Dezernentenstellen**TOP 10.9**

:

Anfrage Frau Reinders - Stadtwerke, Tarifierhöhung ab 01.01.2007**Nichtöffentliche Sitzung****TOP 11 :****Berichte und Anfragen - nicht öffentlich****TOP 11.1**

:

Bericht des Oberbürgermeisters - Gesellschafterversammlungen

TAGESORDNUNGSPUNKTE

| | |
|---------------|---------------------|
| Körperschaft | : Stadt Norderstedt |
| Gremium | : Hauptausschuss |
| Sitzungsdatum | : 06.11.2006 |

**TOP 1:
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende Herr Nicolai eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

**TOP 2:
Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

Abstimmung zur vorliegenden Tagesordnung:
Einstimmig angenommen.

**TOP 3:
Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

**TOP 4: A 06/0373
Ausschreibung der Dezernentenstellen, hier: Antrag der CDU - Fraktion vom
25.10.2006****Sachverhalt**

Herr Schlichtkrull erläutert den Antrag der CDU – Fraktion, der letzte Satz soll zur Abstimmung gestellt werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, einen entsprechenden Ausschreibungstext und einen Zeitplan vorzubereiten und zur nächsten Sitzung im Hauptausschuss vorzulegen.

Abstimmung:

Bei 7 Ja- und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

TOP 5: M 06/0319**Langfristige Nutzung des Gebäudes der Schule am Rodelberg für Zwecke der Musikschule und der offenen Jugendarbeit, Prüfauftrag Hauptausschuss 04.09.2006****Sachverhalt**

Herr Bosse erläutert die Vorlage, Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Ein Schreiben des Kinder- und Jugendbeirates Norderstedt wird zu Protokoll gegeben (**Anlage 1**). Den Vertreterinnen und Vertretern des Kinder- und Jugendbeirates wird das Wort erteilt.

Der Prüfauftrag teilt sich in folgende Fragestellungen:

1. Ist das Gebäude Schule am Rodelberg für eine gemeinsame Nutzung der Musikschule und des JFH Buschweg geeignet?
 - a. Soweit möglich ist eine räumliche Trennung zu beachten.
 - b. Das JFH Buschweg muss mindestens ein vergleichbares Raumangebot haben.
2. Welche An- und Umbauten (Kosten) sind erforderlich?
3. Ist eine Gegenfinanzierung durch den anschließenden Verkauf des JFH Buschweg möglich?
4. Alternativer Standort JFH im Garstedter Dreieck

1. Ist das Gebäude Schule am Rodelberg für eine gemeinsame Nutzung der Musikschule und des JFH Buschweg geeignet?

1.1 Ist die Lage des Grundstückes geeignet für eine Verlagerung JFH?

Der erste Teil der Fragestellung setzt die Prüfung der Eignung des Standortes Dunantstraße als alternativen Standort für das Jugendfreizeitheim Buschweg voraus. Daher erfolgte die Prüfung zunächst unter städtebaulichen Gesichtspunkten:

Die Stärkung des Wohnstandortes Herold-Centers durch die Konzentration von sozialen Infrastruktureinrichtungen am Standort Dunantstraße erscheint, auf die heutige Situation abgestellt, grundsätzlich sinnvoll. Bezogen auf die voraussichtliche Altersstruktur der dort bis 2015 (Realisierungsdauer Garstedter Dreieck) lebenden Bevölkerung und die dort in den siebziger Jahren geschaffenen Wohnraumtypologien ist eine Verlagerung der Jugendfreizeiteinrichtung Buschweg allerdings fragwürdig. Der Bedarf wird altersspezifisch dann im Garstedter Dreieck im Vergleich zum Standort Herold-Center deutlich höher sein. (Luftlinie Entfernung Dunantstraße - Buschweg ca. 850 m).

Für das zukünftige Wachstum Norderstedts ist das Garstedter Dreieck mit ca. 800 bis 1000 Wohneinheiten der größte innerstädtische Entwicklungsbaustein für den Wohnungsbau. Das städtebauliche Konzept setzt auf differenzierte Wohnraum- Infrastruktur- und Freiflächenangebote für alle altersspezifischen Zielgruppen. Für die Sicherung der Qualitätsmerkmale des zukünftig zu vermarktenden Wohnprojektes ist die Sicherung und

Einbindung der Jugendfreizeitanlage Buschweg unverzichtbar.

Grundsätzlich gilt, dass das Freizeitangebot für Jugendliche in einer Stadt auch an dessen Erreichbarkeit zu messen ist. Bei der Ausdehnung Garstedts würde die Konzentration sämtlicher Inhalte der Jugendarbeit auf einem Standort eine Unterversorgung mit gemeinwesen- und soziokulturell orientierten Einrichtungen in den weiter entfernt liegenden Stadtbereichen nach sich ziehen (eingeschränkter Mobilitätsradius von Jugendlichen). Die beiden in Garstedt vorhandenen Standorte Jugendfreizeitheim Buschweg und Willy-Brandt-Park/ IGS sichern derzeit ein ausgewogenes Angebot. Mit Verlagerung des Jugendfreizeitheims Buschweg in die Schule Dunantstraße wären auch vorhandene Freizeitangebote (Skaten und Bolzen) im Bereich Garstedter Dreieck voraussichtlich nicht zu halten. Im Ergebnis würde für Gesamt - Garstedt somit der Zustand einer Unterversorgung erzeugt.

Neben der Sicherung neuer attraktiver Wohnraumangebote für Norderstedter Bürger setzten die Wohnraumangebote auf Bevölkerungszuwachs von außen, insbesondere auf den Zuzug junger Familien mit Kindern. Erfahrungsgemäß ist die Qualität der Ausstattung sozialer Infrastruktureinrichtungen auch für Heranwachsende im direkten räumlichen Umfeld ein wichtiges Entscheidungskriterium.

Ein ausgewogenes Verhältnis von Einwohnern zu Einrichtungen mit gemeinwesenorientierten jugend- und soziokulturellen Angeboten ist Prävention im Sinne von Minimierung sozialer Spannungen im gesamten Stadtgebiet. Dieses Gleichgewicht gilt es auch bei der Entwicklung des Garstedter Dreiecks im Interesse einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung zu wahren.

Aus Sicht des Amtes für Junge Menschen –Jugendamt- ist der Standort Dunantstraße auf der Grundlage der Nähe zum Herold-Center geeignet für ein Jugendfreizeitheim. Allerdings besteht die absolute Notwendigkeit der Außenflächen.

Im Ergebnis kann daher festgehalten werden:

Der Standort Dunantstraße wäre grundsätzlich geeignet für eine Jugendfreizeiteinrichtung. Allerdings ist er aus städtebaulicher Sicht als Alternative zum Jugendfreizeitheim Buschweg nachrangig zu werten. Dazu kommt die Problematik der erforderlichen Außenflächen (Skaten und Bolzen), die auf dem Grundstück Dunantstraße nicht nur unter dem Kostengesichtspunkt (Bau und Lärmschutz), sondern insbesondere durch die dort fehlende Fläche nicht zu realisieren wären.

In diesem Zusammenhang wird auch auf den in der Sitzung des Ausschusses für junge Menschen am 20.09.2006 vorgelesenen „Aufruf“ des Kinder- und Jugendbeirates hingewiesen (s. Anlage 1).

1.2 Ist das vorhandene Gebäude in der Dunantstraße geeignet für eine gemeinsame Nutzung durch Musikschule und Jugendfreizeitheim?

Der zweite Teil der Fragestellung beinhaltet die Prüfung der gemeinsamen Nutzung von Musikschule und Jugendfreizeitheim in der Dunantstraße.

1.2.1 JFH

Entsprechend dem beschlossenen Prüfauftrag ist für das JFH von einem mindestens dem jetzigen Standort Buschweg vergleichbaren Raumangebot auszugehen. Für die Unterbringung des Jugendfreizeitheimes müssten daher ca. 385 qm des Gebäudes in der Dunantstraße zur Verfügung gestellt werden.

1.2.2 Musikschule

Ausgehend vom Raumprogramm der Musikschule (vorgestellt im Ausschuss für Kultur- und Städtepartnerschaften am 31.08.06) und unter der Voraussetzung der Investition für die Samba-Gruppe, der Einrichtungskosten und für das Gesamtgebäude nicht ermittelter Kosten für eventuelle Baumaßnahmen. könnten in den Räumlichkeiten an der Dunantstraße (ohne die Mitnutzung durch das JFH) 80% des Unterrichts zentral stattfinden.

Durch eine gleichzeitige Nutzung des Jugendfreizeitheimes verringert sich der Anteil für die Musikschule auf ca. 1/3 der Fläche.

1.2.3 Gemeinsame Nutzung / räumliche Trennung

Eine gemeinsame Nutzung des vorhandenen Gebäudes in der Dunantstraße ist sowohl aus Sicht der Musikschule als auch aus Sicht des JFH grundsätzlich möglich, sofern, wie auch im Prüfauftrag gefordert, eine räumlichen Trennung erfolgt; diese ist innerhalb des Gebäudes (durch entsprechende Umbaumaßnahmen) möglich.

Fazit:

Das vorhandene Gebäude in der Dunantstraße ist (nach entsprechenden Umbaumaßnahmen) grundsätzlich geeignet für eine gemeinsame Nutzung durch Musikschule und Jugendfreizeitheim. Die gemeinsame Unterbringung in der Dunantstraße ist jedoch für beide Einrichtungen mit Einschränkungen verbunden: für die Musikschule hinsichtlich der Möglichkeiten einer Zentralisierung des Kursangebotes sowie für das JFH hinsichtlich fehlender Außenanlagen.

2. Welche An- und Umbauten (Kosten) sind erforderlich?

Die Kosten stellen sich wie folgt dar:

| | | |
|---|---|--------------|
| 1 | Einnahmeverlust Verkauf Dunantstraße | 2.000.000,-- |
| 2 | Anbau für die Samba-Gruppe | 750.000,-- |
| 3 | Einrichtungskosten Musikschule | 200.000,-- |
| 4 | Umbau Gebäudeanteil Musikschule | |
| 5 | Umbau Gebäudeanteil Jugendfreizeitheim | |
| 6 | Umbau Schulgebäude für räumliche Trennung | 150.000,-- |
| | Summe | 3.100.000,-- |
| | | |

Hinsichtlich der Ziffern 2, 4-6 wird auf die Anlage 2 verwiesen.

Es ergeben sich somit Gesamtkosten (Einmalkosten / Vermögenshaushalt) von ca. 3.100.000 €

Hinsichtlich der laufenden Kosten (Personal- und Sachkosten) können zur Zeit keine genaueren Schätzungen erfolgen; es wird davon ausgegangen, dass sich für das JFH durch die Verlagerung keine erheblichen Veränderungen hinsichtlich der laufenden Kosten ergeben; die Veränderungen bei den Sachkosten der Musikschule können zur Zeit nicht ermittelt werden.

3. Ist eine Gegenfinanzierung durch den anschließenden Verkauf des JFH Buschweg möglich?

Zur Möglichkeit einer „Gegenfinanzierung“ durch den Verkauf des Grundstückes des jetzigen JFH Buschweg lässt sich folgendes feststellen:

Der Grundstücksanteil hat (einschließlich Außenanlagen) eine Größe von ca. 10.000 qm; Nach dem z.Zt. geltenden B-Plan B 154 Ost ist nur ein ganz geringer Anteil hiervon bebaubar.

Das Grundstück gehört zum Bereich Garstedter Dreieck; für diesen Bereich wurde ein Gesamtkonzept zur Erschließungsfinanzierung erstellt.

Hieraus ergibt sich, dass ein Verkauf zum jetzigen Zeitpunkt nur zu einem Wert von 73 €/qm möglich wäre; ausgehend von der Gesamtfläche von ca. 10.000 qm ergibt sich ein Betrag von ca. 730.000 €.

Der Verkauf wäre darüber hinaus schwierig, da ein potentieller Käufer dem mit den übrigen Eigentümern im Garstedter Dreieck zur Zeit verhandelten Verfahren zustimmen müsste, eine Verwertung des Grundstückes erst nach Abschluss des gesamten Projektes möglich wäre und ein Weiterverkauf keinen Gewinn ergeben würde (wegen des abzuziehenden Anteils an den Erschließungskosten).

Im übrigen ist davon auszugehen, dass im Bereich Garstedter Dreieck die Notwendigkeit des Angebotes einer Jugendfreizeiteinrichtung besteht (siehe Ziff. 1.1); sollte das Grundstück dort verkauft werden, steht dieses hierfür (ggfls. als „Tauschfläche“) nicht mehr zur Verfügung.

Da die unter Ziff. 2 genannten Gesamtkosten ca. 3.100.000 € betragen, durch einen Verkauf des Grundstückes Buschweg jedoch nur ca. 730.000 € erzielt werden könnten, verbleibt ein „ungedeckter“ Kostenanteil von ca. 2.370.000 €.

Eine „Gegenfinanzierung“ ist daher nicht möglich.

4. Alternativer Standort JFH im Garstedter Dreieck

Im Rahmen der Planungen durch das Dezernat III werden neben der Möglichkeit des Verbleibs Buschweg auch Alternativen innerhalb des Garstedter Dreiecks untersucht. Diese werden den politischen Gremien vorgelegt werden. Da es hierbei zu einem Grundstückstausch kommen würde, entstehen keine Grunderwerbskosten; insofern wird es neben den städtebaulichen Erwägungen um eine Betrachtung der Investitionskosten für einen Neubau gehen. Wesentlicher Vorteil gegenüber der Dunantstraße ist hier, dass aufgrund der Überplanung des Gesamtgebietes auch die notwendigen Außenanlagen (insbesondere unter Beachtung von Lärmschutz) berücksichtigt werden können.

Abschließende Würdigung:

Unter Betrachtung der vorgenannten Ergebnisse wäre eine gemeinsame Nutzung der Musikschule und des Jugendfreizeitheimes in der Dunantstraße nur unter erheblichen Einschränkungen möglich.

Darüber hinaus würden sich nicht gedeckte Kosten in Höhe von ca. 2.370.000 € ergeben.

Seitens der Verwaltung wird daher eine Nutzung des Gebäudes der Schule am Rodelberg für Zwecke der Musikschule und der offenen Jugendarbeit als nicht sinnvoll erachtet.

Das Grundstück sollte, wie beschlossen, verkauft werden.

TOP 6: B 06/0321

Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt bei HHST. 4360.51000 - Soziale Einrichtungen für Spätaussiedler und Ausländer, Abrisskosten Harkshörner Weg -

Beschluss

Die Stadtvertretung stimmt einer außerplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4360.51000 – Soziale Einrichtungen für Spätaussiedler und Ausländer, Abrisskosten Harkshörner Weg – in Höhe von 70.000 € zu.

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

| | | |
|------------|---------------------|----------|
| 4100.67200 | Erstattungen BSHG | 31.000 € |
| 4360.41000 | Dienstbezüge Beamte | 19.000 € |

4360.50000 Bauliche Unterhaltung 10
20.000 €

Abstimmung:

Bei 11 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

TOP 7: B 06/0315

1. Nachtragssatzung zur Satzung der Stadt Norderstedt über die Erhebung einer Spielgerätesteuern für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsapparaten (Spielgerätesteuersatzung)

Beschluss

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgenden Beschluss:

Die beigefügte 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Spielgerätesteuern für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsapparaten wird beschlossen.

Abstimmung:

Bei 11 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

TOP 8: B 06/0345

Grundsatzbeschluss zur Umstellung der Haushaltswirtschaft auf die Grundsätze der doppelten Buchführung (Doppik)

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Beschluss

1. Die Stadt Norderstedt führt Ihre Haushaltswirtschaft spätestens ab dem Haushaltsjahr 2010 nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung (Doppik).
2. Im Jahre 2007 wird letztmalig ein kameraler Haushalt (Zwei-Jahres-Haushalt 2008/2009) beraten und beschlossen werden. Sofern der Stand der Umstellungsvorbereitungen dieses zulässt, ist von der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2009 der Entwurf eines doppischen Haushaltes vorzulegen. Auf der Grundlage dieses Entwurfes kann dann bereits für 2009 ein doppischer Haushalt (als Nachtragshaushalt 2009) beraten und beschlossen werden.

Abstimmung:

Bei 10 Ja-, 0 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

TOP 9: M 06/0369

Themenvorschläge für die Einwohnerversammlung am 29.11.2006

Sachverhalt

Nach § 12 Abs. 2 der Hauptsatzung wird die Tagesordnung für die Einwohnerversammlung nach Erörterung im Hauptausschuss aufgestellt. Die Tagesordnung kann durch die Einwohnerversammlung mit Mehrheit ergänzt oder geändert werden.

Von Seiten der Stadtpräsidentin ist der 29.11.2006, 19.00 Uhr als Termin für die Versammlung vorgesehen und folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. **Landesgartenschau 2011**
Sachstand der Vorbereitungen

2. **Der Flächennutzungsplan**
Zukunftsperspektiven bis 2020
3. **Nordport**
Ein Gewerbegebiet nimmt Formen an
4. **TriBühne**
Neuanfang und Zukunftsideen
5. **ARRIBA**
Steigerung der Attraktivität
6. **Autobahnanschluss Norderstedt-Mitte**
7. **Verwaltungsstrukturreform, u.a. Ellerau**

Der Hauptausschuss empfiehlt eine Reduzierung der Anzahl der Tagesordnungspunkte oder anderenfalls eine Redezeitbeschränkung der Referenten.

TOP 10:
Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP
10.1:
Bericht des Oberbürgermeisters - Ellerau

Herr Oberbürgermeister Grote stellt die bisherige und künftige zeitliche Entwicklung zur Verwaltungsgemeinschaft Norderstedt – Ellerau dar:

| | |
|------------|---|
| 15.05.2006 | Bericht im Hauptausschuss über mögliche Verwaltungskooperationen (Tangstedt, Ellerau) und die entsprechenden Angebote |
| 25.09.2006 | Bericht im Hauptausschuss über die Beschlussfassung der Gemeinde Ellerau bzgl. einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Norderstedt gem. § 19 a GkZ und die sich daraus ergebenden Vertragsverhandlungen |
| 10.10.2006 | Bericht in der Stadtvertretung über eine evtl. Verwaltungsgemeinschaft mit der Gemeinde Ellerau |
| | Danach Erarbeitung eines Entwurfes eines öffentlich-rechtlichen Vertrages sowie eines Personalüberleitungsvertrages auf Verwaltungsebene |
| 31.10.2006 | Der ad hoc Ausschuss der Gemeinde Ellerau berät über den Entwurf des öffentlich-rechtlichen Vertrages |

Weitere Zeitplanungen:

| | |
|----------------|--|
| Bis 16.11.2006 | Erstellung von Vorlagen für den Hauptausschuss am 27.11.06 - öffentlich-rechtlicher Vertrag |
|----------------|--|

- Personalüberleitungsvertrag
- Verwaltungsgliederung
- Änderung Hauptsatzung

| | |
|----------------|---|
| 27.11.2006 | Beratung der Punkte im Hauptausschuss |
| 30.11.2006 | Beschlussfassung in der Gemeindevertretung Ellerau |
| 12.12.2006 | Beschlussfassung in der Stadtvertretung Norderstedt |
| Bis 31.12.2006 | Unterzeichnung des Vertrages und Veröffentlichung |
| In 2007 | Umsetzung des öffentlich-rechtlichen Vertrages |

TOP**10.2:****Bericht des Oberbürgermeisters - Zeitplan Nachtragshaushaltssatzung 2006 / 2007**

Herr Oberbürgermeister Grote gibt den Terminplan für den 2. Nachtrag 2006 / 2007 als **Anlage 2** zu Protokoll.

Herr Nicolai bittet in diesem Zusammenhang um die Erstellung eines Terminplans für die Aufstellung der Haushaltssatzung 2008 / 2009.

TOP**10.3:****Bericht des Oberbürgermeisters - Information Städteverband**

Herr Oberbürgermeister Grote gibt eine Information des Städteverbandes Schleswig-Holstein als **Anlage 3** zu Protokoll.

TOP M 06/0380**10.4:****Bericht des Oberbürgermeisters - Entwicklung des Gewerbesteuersolls**

| | 2005 | | 2006 | +/- |
|---------------|--------|--------|--------|-------|
| Jahresauf. B. | 33.802 | | 39.409 | |
| Januar | 40.462 | 6.660 | 39.947 | 538 |
| Februar | 43.635 | 3.173 | 44.241 | 4.294 |
| März | 51.806 | 8.171 | 45.446 | 1.205 |
| April | 54.320 | 2.514 | 46.523 | 1.077 |
| Mai | 50.176 | -4.144 | 47.145 | 622 |
| Juni | 52.394 | 2.218 | 52.752 | 5.607 |
| Juli | 51.448 | -946 | | |
| August | 52.886 | 1.438 | 53.505 | 753 |
| September | 53.102 | 216 | 53.848 | 343 |
| Oktober | 54.020 | 918 | 53.680 | -168 |
| November | 51.325 | -2.695 | | |
| Dezember | 51.303 | 51.303 | | |
| HH-Ansatz | 51.000 | | 50.075 | |

In diesem Zusammenhang weist Herr Oberbürgermeister Grote auf eine notwendig gewordene Gewerbesteuerückzahlung größeren Umfangs hin. Der Bezugszeitraum erstreckt sich auf die Jahre 2001 bzw. 2003.

TOP

10.5:

Bericht des Oberbürgermeisters - Über- und außerplanmäßige Ausgaben III. Quartal 2006

Herr Oberbürgermeister Grote gibt eine Übersicht der geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem III. Quartal 2006 als **Anlage 4** zu Protokoll.

TOP

10.6:

Bericht des Vorsitzenden - Terminplanung HA 2007

| Hauptausschuss | Vorberatung fristgerecht für StV | Stadtvertretung |
|---|----------------------------------|-----------------|
| 15.01.2007 | 06.02.2007 | |
| 29.01.2007 | 20.03.2007 | |
| | | 06.02.2007 |
| 12.02.2007 | 20.03.2007 | |
| 26.02.2007 | 20.03.2007 | |
| | | |
| 05.03.2007 (optional) | 20.03.2007 | |
| 12.03.2007 | 24.04.2007 | |
| | | 20.03.2007 |
| 26.03.2007 | 24.04.2007 | |
| Osterferien 02. – 16.04.2007 | | |
| | | 24.04.2007 |
| „Frühjahrsferien“ 30.04.2007 | | |
| Maifeiertag 01.05.2007 | | |
| 07.05.2007 | 29.05.2007 | |
| 14.05.2007 | 29.05.2007 | |
| Christi Himmelfahrt 17.05.2007 | | |
| Pfingstmontag 28.05.2007 | | |
| | | 29.05.2007 |
| 04.06.2007 | 19.06.2007 | |
| 11.06.2007 (optional) | 10.07.2007 | |
| | | 19.06.2007 |
| 25.06.2007 | 10.07.2007 | |
| 02.07.2007 (optional) | 25.09.2007 | |
| | | 10.07.2007 |
| Sommerferien 16.07. – 25.08.2007 | | |
| 27.08.2007 | 25.09.2007 | |
| 10.09.2007 | 25.09.2007 | |
| 17.09.2007 | 30.10.2007 | |
| | | 25.09.2007 |
| Tag der deutschen Einheit 03.10.2007 | | |
| 08.10.2007 | 30.10.2007 | |
| Herbstferien 15. – 27.10.2007 | | |
| | | 30.10.2007 |

| | | |
|-----------------------|----------------|------------------------------|
| 05.11.2007 | 20.11.2007 | |
| 12.11.2007 (optional) | 11./12.12.2007 | |
| | | 20.11.2007 |
| 26.11.2007 | 11./12.12.2007 | |
| | | 11.12.2007 |
| | | 12.12.2007 (wg. Haushalt) |
| 17.12.2007 | --- | |

TOP

10.7:

Anfrage des Vorsitzenden - 30 Jahre THW

Der Vorsitzende Herr Nicolai fragt an, ob an die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen keine Einladung zur Veranstaltung 30 Jahre THW ergangen ist.

TOP

10.8:

Anfrage Herr Kahlsdorf - Dezernentenstellen

Herr Kahlsdorf stellt folgende Anfrage in Bezug auf den CDU – Antrag zur Ausschreibung der Dezernentenstellen:

„Ich hätte gerne schriftlich beantwortet, welche Kosten

- a) durch das Ausschreibungsverfahren direkt beantwortet werden
- b) indirekt durch etwaige Präsentationen der Kandidaten verursacht werden
- c) im Falle einer Neubesetzung einer oder beider Positionen kumuliert für die nächsten 15 Jahre zu erwarten sind (in Bezug auf Alters- bzw. Ruhegelder)
- d) kumuliert aus a) bis c) aus der CDU – parteipolitischen Entscheidung die Bürger Norderstedts belasten wird.

Ich bitte um kurzfristige Beantwortung bis spätestens Ende des Jahres.“

TOP

10.9:

Anfrage Frau Reinders - Stadtwerke, Tarifierhöhung ab 01.01.2007

Frau Reinders fragt an, ob die Stadtwerke Norderstedt ohne weitere Beschlussfassung der Stadtvertretung die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab dem 01.01.2007 weitergeben können.

Die Öffentlichkeit wird für den weiteren Verlauf ausgeschlossen.